

Instruktion

für die

kaiserlichen königlichen Hofagenten.

Da die Verhältnisse, in welche derjenige geräth, welcher sich des Rathes oder Beistandes eines Hofagenten, in Vertrauen auf die durch dessen Annahme erwirkte landesfürstliche Beglaubigung, bedienen will, oder muß, und die Folgen, wenn es an Kenntniß, Fleiß oder Rechtschaffenheit des Gewählten gebrechen sollte, zu wichtig sind, so fordert es der Schutz des Publikums, sowohl den bereits angenommenen Hofagenten, über den Umfang ihrer Pflichten, die bestimmte Belehrung zu geben, als auch die genauen Maßregeln zu vorsichtiger Verleihung dieses Amtes, zu bezeichnen.

Erster Abschnitt.

Ueber die eigentliche Bestimmung der Hofagenten.

§. 1.

Die eigentliche Bestimmung des Hofagenten ist: denjenigen, welche ihre Geschäfte in politischen Angelegenheiten, oder in Gegenständen außer Streites, selbst nicht besorgen können, oder wollen, auf Ansuchen, Hilfe zu leisten, wenn für sie Aussicht eingebohlet, Erklärungen abgefordert, Geschäfte bei Stellen angebracht, die Erledigung der eingebrachten betrieben, oder eine Bitte zu höchsten Händen gebracht werden muß.

Nur einer Dienstesbewerbung darf sich der Hofagent nicht annehmen, sondern er soll den Kompetenten, der sich an ihn wendet, anweisen, seine Bittschrift selbst bei der gehörigen Stelle zu überreichen, oder zu höchsten Händen zu bringen. Auch werden in Vertretungen in Streitsachen ausgenommen, müssen bei diesen nur eigens angenommene Advokaten einschreiten dürfen; dagegen der Hofagent doch auch vor Gerichtstellen, in Angelegenheiten außer Streites, gebraucht werden mag.

§. 2.

Vielmehr seien die Hofagenten, die sich in ihren Geschäften mit Rechtschaffenheit und Fleiß auszeichnen, zu Vormundschaften und Kuratelen, deren Benennung von den Stellen abhängt, berufen werden.

§. 3.

Unter die Bestimmung der Hofagenten gehört, den Armen, die sich an sie wenden, oder die von den Stellen, an sie gewiesen werden, die Hilfe unweigerlich und unentgeltlich zu leisten, ihnen mit Rath That beizustehen, derselben Bittschriften zu verfassen, unter eigener Fertigung einzureichen, und die Erledigung zu betreiben.

§. 4.

In diesen ihren Bestimmungen findet unter ihnen keine Absonderung nach den Provinzen, kein Unterschied zwischen den Hofstellen Statt, sondern der angenommene Hofagent kann bei allen Hofstellen, wie auch bei allen untergeordneten Stellen der böhmisch-österreichisch-deutschen Erbländer, seine Dienste leisten. Nur muß die besondere Einwilligung des Hofkriegsraths erwirkt werden, wenn ein Hofagent auch vor den Militär-Behörden agentieren will.

§. 5.

Aber auch außer den Fällen, wo ein Geschäft vor einer Stelle behandelt wird, ist die Bestimmung der Hofagenten, jedem, der sich bei ihnen in einem Geschäfts-Raths erhoben will, bescheidenen Rath, der Wahrheit getreu, den Gesetzen gemäß, und mit der guten Ordnung übereinstimmend, zu ertheilen, wie auch die ihnen dargebotenen Irrthümer und Vorurtheile mit Muth, Offenherzigkeit und Bescheidenheit aufzuklären.

§. 6.

Eben so sollen sie, wenn von ihnen die Errichtung einer Urkunde verlangt wird, dieselbe nach dem Willen oder dem Uebereinkommen der Pateien, jedoch den Gesetzen gemäß, dermaßen bündig, deutlich und erschöpfend abfassen, daß aus Vernachlässigung der Gesetze, keine Nullität, über den Verstand des Inhaltes, kein Streit, und über das, was in dem Geschäft unbestimmt geblieben ist, keine Irrung entstehen könne.

§. 7.

Ueberhaupt mögen sie zu jedem anderen Geschäft, das jedem Privatmanne gestattet, und nicht etwa mit Erwartung besonderer Bewilligungen verbunden ist, sich ebenfalls gebrauchen lassen; doch müssen sie dabei gegenwärtige Instruction beobachten, sonst bleiben sie verantwortlich, wenn auch das Geschäft an sich selbst unschädlich gewesen wäre.

§. 8.

Um den Hofagenten in diesen Bestimmungen ihre Pflichten zu erleichtern, werden von allen Gesetzen und Verordnungen, die in ihr Amt einschlagen mögen, drey Exemplare dem Senior mitgetheilt werden, damit er sie sogleich durch drey Cirkulare Bogen von Hand zu Hand, unter allen Agenten zur Kenntniß bringe. Jeder hat daher den Tag des Empfangs und die weitere Beförderung, unter seiner Fertigung, dem Cirkular-Bogen beizusetzen. Bei dem Senior haben sodann die Verordnungen in sorgfältiger Sammlung und Aufbewahrung zu verbleiben, und so von einem Senior zum andern überzugehen.

§. 9.

Damit aber auch den Hofagenten in diesen ihren Bestimmungen kein Eingriff geschehe, wird sich die Hindanhaltung der Winkelschreiber genauest angelegen gehalten, und hierin in den Hofagenten, wenn sie einen Winkelschreiber aufzufinden vermögen, über ihre geziemende und mit den nöthigen Veweisen belegte Anzeig, gehörige Aufmerksamkeit geleistet werden. (Die Fortsetzung folgt.)

Von dem k. k. Landrecht in Krain werden auf Anlangen des k. k. Fiskalamts in Namen der zu der Urban-Kn.-ßf. Intestatt-Verlassenschaft gesetzlich als Erben berufenen Kirche, und Armen hiemit alle jene surgeret, welche auf die nachstehende von Hrn. Joseph Freih. v. Morawitz v. Porrendorf Inhabern des Hofes Impelhof untern 31. Okt. 1781. ausgestellt, und an den Westpriester Urban Kneß pr. 1700 fl. lautende

nun in Verlust gerathene Schuldverschreibung Ansprüche zu haben ver-
meinen. Es hat daher jeder sein allenfälliges Recht binnen ein Jahr,
sechs Wochen, und drey Tagen also gewiß bey diesem k. k. Landrecht
anzubringen, und zu erweisen, als in widrigen nach Verlauf obbe-
stimmter Frist niemand mehr angehört, sondern ersagter Schuldbrief
auf ferners Anlagen für nichtig, und gesdötet erklärt werden würde.

Laibach den 24. Dez. 1798.

Von diesem k. k. Landrechte in Krain wird denjenigen, welche
an die Verlassenschaft der Frau Johann Freyin v. Nichelburg eine For-
derung zu stellen vermeinen, hiemit aufgetragen, daß selbe den 30.
k. M. Jänner um 9 Uhr Frühe vor diesem Landrechte erscheinen, und
ihre Forderung so gewiß behörig anmelden sollen, als widrigens die-
se Verlassenschaft ohne weiters abgehandelt, und der Verlaß den Erben
ingeantwortet werden würde. Laibach den 24. Dez. 1798.

N a c h r i c h t.

Das k. k. J. Oest. Appellationsgericht hat unterm 17. dieses der
hierortigen k. k. Landesstelle erinnert, es sei demselben mit höchsten Hof-
dekret der k. k. Böhmisch-Oesterreichischen Hofkanzlei dd. 7. gegenwär-
tigen Monats mitgegeben worden, auf eine geschehene Einschreitung
der königl. hungarischen Hofkanzlei zur Warnung des Publikums all-
gemein bekannt machen zu lassen, daß, nachdem Graf Michael Johann
v. Althann des Szalader Komitats Erbobergespann, ungeachtet dessen,
daß er zufolge des mit seiner Frau Gemahlin feierlich geschlossenen u. im
gedachten Szalader Komitate gehörig intabulirten Vertrages sein sämt-
lich beweglich und unbewegliches Vermögen gedacht seiner Fr. Gemahlin
überlassen, und der Kontrahirung fernerer Schulden förmlich entsagt hat,
dennoch neue Schulden gemacht habe, jedermann darauf aufmerksam
gemacht wurde, gedachtem Grafen Althann keine Gelder zu leihen,
außer sich der Gefahr des Verlustes auszusetzen, da aus den Kapitals-
Summen seines in Hungarn befindlichen Vermögens, welche in dem
vorgedachten Vertrage von ihm Grafen Althann seiner Frau Ge-
mahlin bereits überlassen worden, die Befriedigung nicht erfolgen würde.
Welches demnach zur Jedermanns Wissenschaft und Darnachach-
tung anmit bekannt gemacht wird. Laibach den 29. Dez. 1798.

A n k ü n d i g u n g.

Seine k. k. Maj., welche nichts unversucht lassen, um jeders
mann bei seinem Eigenthume zu schützen, und den Vortheil der Staats-
gläubiger mit jenem des Staats zu vereinbaren, haben der Wiener

Stadt Bank den Befehl erteilt, die Eigenthümer der seit her mit Bes
schlag belegten Banko Kapitalen gegen mäßige Bedingungen nicht nur
zu d. m. Zuschüsse zuzulassen, sondern auch die rückständigen Zinsen in
d. m. erwähnten Zuschüsse mit einzurechnen, für den ganzen Betrag 5
p. rz. nt. ge. Obligationen auszufertigen, und die Zahlung der Interessen
davon künftighin ohne Rücksicht auf Eigenthümer oder Aufenthaltsort un
weigerl. zu entrichten. Daher wird zur allgemeinen Richtschnur festgesetzt:

1. Jeder Eigenthümer einer solchen bisher mit Beschlagnahme belegten
Banko-Obligation erhält die Befugniß, seine Obligation mit einem
baaren Zuschüsse von hundert Prozent (wobei jedoch die rückständigen
Interessen statt baarem Gelde mit eingerechnet werden) bei der Banko-
Hauptkasse zu erlegen.

2. Er erhält dafür eine auf den doppelten Betrag seines ehemali
gen Kapitals lautende Obligation mit 5 vom hundert verzinslich.

3. Mit dieser neuen Obligation ist er als Eigenthümer frei zu dis
poniren befugt, und es werden ihm weder Zinsen, noch Umschreibungen
verweigert werden, indem Seine k. k. Maj. die Wiener Stadt Bank von
nun an als einen sichern Zufluchtsort des Eigenthums wollen betrachtet
wissen.

4. Zu diesem Zuschüsse werden jedoch nur die bisherigen Eigenthü
mer besagter Obligationen zugelassen, und die k. k. erbländischen Unter
thanen sind davon gänzlich ausgeschlossen.

5. Zu Leistung dieses Zuschusses wird der Termin bis zum 1. Juli
1799 dergestalt bestimmt, daß jener, welcher bis zu diesem Tage von
der gegenwärtigen Befugniß nicht Gebrauch gemacht hat, aus dem Ver
zeichnisse der Stadtbank-Gläubiger auf immer ausgestrichen, und seine
Obligation als erloschen wird angesehen werden.

Wien, den 14. Dez. 1798.

Marktpreis des Getraids alhier in Laibach den 29. Dez. 1798.

			fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weiz ein halber Wiener Megen	=	=	1	52	1	41	1	35
Kukuruz	=	=	—	—	—	—	—	—
Korn	=	=	1	18	1	16	1	15
Gersten	=	=	—	—	—	—	—	—
Hirsch	=	=	—	—	—	—	—	—
Haizen	=	=	1	12	—	—	—	—
Haber	=	=	1	4	—	—	—	—

Magistrat Laibach den 29. Dez. 1798.

Anton Pauesch, Raitoffizier.